NIEDERSCHRIFT

Sitzung: 11. Sitzung des Gemeinderates
Sitzungsdatum: Dienstag, den 11.10.2022
Sitzungsbeginn/ende: 19:00 Uhr/21:05 Uhr
Ort, Raum: im Multifunktionsaal des Rathauses

Die Sitzung war **öffentlich**.

Name	Funktion	Anwesenheit mit Zeiten Bemerkungen
------	----------	---------------------------------------

Vorsitzender:

Münster, Peter	Erster Bürgermeister	
----------------	----------------------	--

Gemeinderatsmitglieder:

Barenthin, Thomas	Referat für Seniorinnen und Senioren	virtuell
Behr, Marion	Referat für Umwelt und Ernährung	
Bilgic, Yasemin	Referat für Migration und Integration	
Bode, Ulrich	Referat für Digitalisierung und IT	
Böhlau, Elisabeth	Referat für Zusammenleben und Gleichstellung	
Brüstle, Markus	Referat für Mobilität	
Eberl, Martin	Referat für Soziales, Menschen mit Behinderung	
Fiebig, Wolfgang	Referat für Feuerwehr und technische Sicherheit	
Guttenthaler, Claus	Referat für Städtepartnerschaften	
Hausberger, Markus	Referat für Jugend	virtuell
Heilmeyer, Angela	Referat für Familie und Kinderbetreuung	
Hofmann, Ingeborg	Gemeinderatsmitglied	virtuell
Hornung, Elke	Gemeinderatsmitglied	ab 19:55 Uhr
Lauer, Céline	Referat für Kultur	

Merkert, Gertrud	Referat für Planung und Personal	
Münster, Hannelore	Referat für Schulen	
Schiele, Rike	Gemeinderatsmitglied	ab 19:14 Uhr
Spiess, Josef	Referat für Bau	
Ströhmer, Elmar	Referat für Sport	virtuell
Wölfl, Michael	Referat für Liegenschaften, energetische Sanierung	ab 19:05 Uhr
Zeiler, Peter	Referat für Beteiligungen	

Verwaltung:

Bierl, Susanne		
Grüner, Michaela		
Ludwig, Michael		
Mühlberger, Larissa	Schriftführerin	
Zydek, Alexander	Amtsleiter	

Gäste:

Frau Geßl vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum

Abwesend:

Gemeinderatsmitglieder:

Hösch, Hans	Referat für Finanzen	
Perras, Stefan, Dr.	Referat für Energie	
Wendling, Markus	Referat für Gewerbe	

TAGESORDNUNG

Aktuelle 10 Minuten (ohne Bezug zur Tagesordnung)

- 1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung von Niederschriften
- 3 Bauantrag;
Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und offenem Stellplatz, Walter-Schleich-Straße 4, FlNrn. 1949/37, 1949/45, 1949/47 und 1949/48
- 4 Bauantrag;
Errichtung eines Carports, Waldfriedenweg 22, FlNr. 1903/2
- 5 Gewerbegebiet Süd; Vorhabenbezogener Bebauungsplan zum Bau eines Bürogebäudes und einer Gewerbehalle auf Teilflächen der Grundstücke FlNr. 2006/1, 2006/3 und 2006/5, alle Gemarkung Alling; Aufstellungsbeschluss
- 6 Rahmenplan P&R-Anlage Süd, Teilbereich A; Planungskonzept der Diakonie München und Oberbayern - Innere Mission e. V.; Aufstellungsbeschluss und Abschluss städtebaulicher Vorvertrag
- 7 Sport- und Freizeitzentrum (SFZ) Flutlicht-Umrüstung auf LED – Ergänzung der Beschlussvorlage vom 19.07.2022
- 8 11. Änderung des Flächennutzungsplans; Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belangen nach § 4 Abs. 2 BauGB; Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
- 9 Ausstattung der Starzelbachschule mit raumluftechnischen Anlagen; Vergabe von Bauleistungen (Nachträge)
- 10 Vergabe von Aufträgen; Wertgrenzenregelungen
- 11 Neufassung der Friedhofssatzung - FS; hier Satzungsbeschluss
- 12 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung; hier Satzungsbeschluss
- 13 Änderung der Kostensatzung (KS) und des Kostenverzeichnisses; hier Satzungsbeschluss
- 14 Aufgabenübertragung im Rahmen der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen im LKR FFB zur Digitalen Schule

15 Beschaffung eines Notstromaggregats zur Aufrechterhaltung des Gebäudebetriebs in der Starzelbachschule mit Küche bei langfristigen Stromausfällen und Versorgung der Bevölkerung

16 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

17 Verschiedenes

Aktuelle 10 Minuten

Eröffnung der Sitzung

Erster Bürgermeister Peter Münster eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche 11. Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die anwesenden Gemeinderatsmitglieder, die Gäste, die Vertreter der örtlichen Presse und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Top Aktuelle 10 Minuten (ohne Bezug zur Tagesordnung)

Keine Wortmeldungen.

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung
--

Erster Bürgermeister Peter Münster teilt mit, dass TOP 9 abgesetzt wird.

GR Josef Spiess beantragt TOP 10 und 11 abzusetzen.

Beschluss:

TOP 10 und 11 werden abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	12
Abgelehnt	

GR Peter Zeiler beantragt TOP 5 abzusetzen.

Beschluss:

TOP 5 wird abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	12
Abgelehnt	

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, somit ist die Tagesordnung genehmigt.

Top 2 Genehmigung von Niederschriften

Es gibt keine Wortmeldungen, somit ist die Niederschrift vom 20.09.2022 genehmigt.

**Top 3 Bauantrag;
Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und offenem Stellplatz, Walter-Schleich-Straße 4, FlNrn. 1949/37, 1949/45, 1949/47 und 1949/48**

Vortrag:

Zusammenfassende Wertung des Bauvorhabens:

Bauort:

Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich des seit 31.08.1988 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes B 8 Walter-Schleich-Straße Nord.

Bauvorhaben:

Die Antragsteller beantragen den Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und offenem Stellplatz.

Abweichungen:

GFZ-Überschreitung

Die gemäß Bebauungsplan höchstzulässige GFZ = 0,30 wird mit beantragter GFZ = 0,328 um 14,60 m² überschritten.

Höhe Kniestock

Der gemäß Bebauungsplan höchstzulässige Kniestock (gemessen von der Oberkante Rohdecke bis Oberkante Sparren an der Außenmauerflucht) beträgt 1,0 m. Beantragt wird der Kniestock mit einer Höhe von 1,62 m.

Situierung offener Stellplatz

Der beantragte offene Stellplatz befindet sich sowohl außerhalb der für Stellplätze ausgewiesenen Flächen als auch der überbaubaren Flächen.

Beurteilung:

GFZ-Überschreitung

In jüngster Vergangenheit wurde bei 4 Fällen einer GFZ-Überschreitung bis zu 10 % ohne Vorliegen von städtebaulichen Gründen zugestimmt. Es war in diesen drei Fällen aus Sicht der Verwaltung kein städtebaulicher atypischer Fall zu erkennen, der anders als der vorliegende Fall zu beurteilen wäre. Die hier beantragte Überschreitung bewegt sich genau in diesem Rahmen. Aus Gründen der Gleichbehandlung müsste daher aus Sicht der Verwaltung der notwendigen Befreiung bezüglich der GFZ-Überschreitung zugestimmt werden.

Höhe Kniestock

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes darf der höchstzulässige Kniestock maximal 1,0 m betragen. Beantragt wird der Kniestock mit einer Höhe von 1,62 m. Die weiteren Festsetzungen des Bebauungsplanes, die sich auf die Höhenentwicklung des Gebäudes auswirken, wie Traufhöhe (gemäß B-Plan 4,0 m / beantragt 3,88 m), Dachüberstand (gemäß B-Plan max. 0,75 m / beantragt 0,75 m), Dachneigung (gemäß B-Plan max. 40° / bean-

trägt 40°), Anzahl der Vollgeschosse (gemäß B-Plan I + ID = Dachgeschoss als Vollgeschoss / beantragt I + ID) werden mit der Planung eingehalten.

Des Weiteren ist in den Hinweisen des Bebauungsplanes von 1988 enthalten, dass soweit die Häuser bereits errichtet werden, ehe der Bau der Hochwasserfreilegung vollendet ist, die Kellergeschosse dicht auszubilden und maximal 60 cm über das Gelände hochzuziehen sind. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund der damals noch existierenden Hochwassersituation davon ausgegangen wurde, dass die Gebäude mit einem dementsprechenden Sockel ausgeführt werden. Da die Hochwasserfreilegung zwischenzeitlich abgeschlossen ist, kann auf einen dementsprechenden Sockel jedoch verzichtet werden. Das Gebäude soll barrierefrei mit lediglich einer Stufe von 15 cm errichtet werden und liegt somit wesentlich tiefer, als dies vor der Hochwasserfreilegung der Fall gewesen wäre.

Aufgrund dessen kann aus Sicht der Verwaltung der beantragten Überschreitung des Kniestocks um 0,62 m zugestimmt werden, da insbesondere durch Einhaltung der Traufhöhe und der Dachneigung das Ziel des Bebauungsplanes einer geordneten städtebaulichen Entwicklung erfüllt wird.

Situierung offener Stellplatz

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes sind Stellplätze außerhalb der dafür ausgewiesenen Flächen oder der überbaubaren Flächen nur ausnahmsweise zulässig.

Da die Festsetzung der Ortsgestaltungssatzung, wonach Stellplätze im Vorgartenbereich zulässig sind, soweit mindestens 2/3 des Vorgartens in seiner vollständigen Tiefe unbefestigt bleibt und gärtnerisch angelegt wird, eingehalten werden kann, kann aus Sicht der Verwaltung der notwendigen Ausnahme zugestimmt werden.

Stellungnahme zur Grünordnung:

Baumbestand

Auf dem Grundstück befindet sich aktuell kein Baumbestand, auf dem nördlichen Nachbargrundstück stehen zwei Eiben und ein Mammutbaum. Der Wurzelbereich der strauchartigen Eiben ist nicht betroffen, da der Neubau fast genau an der gleichen Stelle des Altbaus errichtet wird.

Gemäß Bebauungsplan ist je 300 m² nicht bebauter Grundstücksfläche ein Laubbaum oder Obstbaum zu pflanzen. Mit den zwei zur Neupflanzung vorgesehenen Bäumen entspricht das Vorhaben den Festsetzungen.

Im Kronentraufbereich des benachbarten Mammutbaums wird ein ortsfester Baumschutzzaun aufgestellt.

Befestigte Flächen

Die privaten Verkehrsflächen bleiben im Bestand erhalten (Garage und Zufahrt). Sie sind damit zulässig.

Insofern ist festzustellen, dass das Vorhaben den Festsetzungen des Bebauungsplanes hinsichtlich der Grünordnung entspricht.

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet den Antrag bezüglich Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und offenem Stellplatz auf den Grundstücken FlNrn. 1949/37, 1949/45, 1949/47 und 1949/48, Walter-Schleich-Straße 4 und stimmt den erforderlichen Befreiungen vom Bebauungsplan bezüglich GFZ-Überschreitung und Höhe Kniestock sowie der erforderlichen Ausnahme bezüglich Stellplatzsituierung zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	1

**Top 4 Bauantrag;
 Errichtung eines Carports, Waldfriedenweg 22, FlNr. 1903/2**

Vortrag:**Zusammenfassende Wertung des Vorhabens:****Bauort:**

Das Grundstück befindet sich im Außenbereich und zudem im Bereich des Landschaftsschutzgebietes „Scharwerkholz“. Die Zulässigkeit des Bauvorhabens ist daher gemäß § 35 BauGB zu beurteilen.

Bauvorhaben:

Die Bauwerber beantragen die Errichtung eines Carports (Größe 8,0 m x 7,50 m) als Ersatz für die dort bereits bestehende Holzgarage und zwei offene Stellplätze.

Beurteilung:

Das Vorhaben ist nicht privilegiert nach § 35 Abs. 1 BauGB, da es weder einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb, noch einem Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung dient. Es kann somit lediglich als sonstiges Vorhaben gemäß § 35 Abs. 2 BauGB zugelassen werden.

Das Grundstück ist mit einem zulässigerweise im Jahr 1930 errichteten Wohngebäude (3 Wohneinheiten genehmigt) bebaut. Aktuell sind auf dem Grundstück eine alte Holzgarage und zwei offene Stellplätze vorhanden. Ein Stellplatz befindet sich direkt neben der Garage, der zweite abseits davon an der nordöstlichen Grundstücksgrenze. Die alte Garage soll abgerissen werden und an dieser Stelle sollen die insgesamt vorhandenen 3 Stellplätze zusammengelegt und überdacht werden. Der Carport dient der genehmigten Hauptanlage (Wohnhaus) als Nebenanlage. Bei sachgerechter Ausführung und Nutzung des beantragten Carports ist eine Schädigung des Naturhaushaltes sowie eine Verunstaltung des Landschaftsbildes nicht zu erwarten.

Nach Auffassung der Verwaltung kann das Vorhaben daher befürwortet werden.

Stellungnahme zur Grünordnung:

Baumbestand

In der nordwestlichen Grundstücksecke befindet sich ein Haselnussstrauch und zwei Eiben. Die Bäume können erhalten werden, wobei die Krone des Haselnussstrauchs zurückgeschnitten werden muss.

Eine große Buche in der nordöstlichen Grundstücksecke profitiert von der Verlegung des Stellplatzes.

Befestigte Flächen

Auflage:

- Die Zufahrt zum Carport ist höchstens auf eine Breite von 8m in wassergebundener Form oder mit Rasenpflaster anzulegen.
- Der Stellplatz in der nordöstlichen Grundstücksecke ist zurückzubauen, d.h. es sind Befestigungen vollständig zu entfernen, die Tragschicht oberflächlich händisch zu lockern und höchstens 5 cm Oberboden auf die entsiegelte Fläche zu verteilen. Der Bereich ist als Gartenfläche herzustellen.

Seitens der Grünordnung kann das Vorhaben unter Beachtung der Auflagen befürwortet werden.

Beratung:

EB stellt die Beschlussvorlage vor und beantwortet mit Bauverwaltungsmitarbeiterin Frau Bierl die Fragen der Gemeinderäte.

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet den Antrag auf Errichtung eines Carports auf dem Grundstück FlNr. 1903/2, Waldfriedenweg 22.

Hinweis für das Landratsamt bezüglich der Auflagen:

- Die Zufahrt zum Carport ist höchstens auf eine Breite von 8m in wassergebundener Form oder mit Rasenpflaster anzulegen.
- Der Stellplatz in der nordöstlichen Grundstücksecke ist zurückzubauen, d.h. es sind Befestigungen vollständig zu entfernen, die Tragschicht oberflächlich händisch zu lockern und höchstens 5 cm Oberboden auf die entsiegelte Fläche zu verteilen. Der Bereich ist als Gartenfläche herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0

Top 5 Gewerbegebiet Süd; Vorhabenbezogener Bebauungsplan zum Bau eines Bürogebäudes und einer Gewerbehalle auf Teilflächen der Grundstücke FLNr. 2006/1, 2006/3 und 2006/5, alle Gemarkung Alling; Aufstellungsbeschluss**Vortrag:**

Die Firma Reichenbach GmbH beabsichtigt, ihre Produktions- und Büroräumlichkeiten zu erweitern. Hierzu ist geplant, nordöstlich des schon vorhandenen Firmensitzes (Ringstraße 14) ein neues Bürogebäude sowie eine Gewerbehalle zu errichten. Der Gemeinderat hat zu diesem Vorhaben seine grundsätzliche Zustimmung bereits erteilt. Es wird auf TOP 4 der nichtöffentlichen Sitzung am 18.05.2021 sowie auf TOP 3 der nichtöffentlichen Sitzung am 21.12.2021 verwiesen.

Nachdem eine Erschließung über die Tannenstraße zur Vermeidung von Verkehrsbelastungen der angrenzenden Wohngebiete nicht in Betracht kommt, waren hierfür Alternativlösungen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang haben die Firmen Reichenbach und esz AG miteinander Kontakt aufgenommen und den aus dem Planungskonzept ersichtlichen Vorschlag zur Erschließung über das Firmengelände der esz AG abgestimmt. In diesem Zusammenhang hat auch die Firma esz AG Überlegungen zur langfristigen Entwicklung ihres Standortes angestellt. Diese sind dem anliegenden Schreiben vom 29.08.2022 zu entnehmen. Hierauf wird inhaltlich Bezug genommen.

Aus Sicht der Verwaltung kann den darin enthaltenen Vorstellungen gefolgt werden.

Die Firma Reichenbach GmbH hat nach den Vorgaben des Gemeinderats aus den Sitzungen vom 18.05.2021 sowie 21.12.2021 das bereits vorstellte Planungskonzept „Variante 5“ in folgenden Punkten konkretisiert:

- Erschließung der neuen Gebäude sowie die in der Planung enthaltenen Stellplätze ausschließlich über den neuen Verbindungsweg (Max-Planck-Straße und Nachbargrundstück, siehe Anlage)
- Um das Anfahren über den Wendehammer an der Tannenstraße zu vermeiden, soll auf dem Grundstück FLNr. 2006/1 ein Grünstreifen entlang des Wendehammers angelegt werden. Zusätzlich soll der Wendehammer von der Erweiterungsfläche durch Baumpflanzungen abgegrenzt werden.

Neben dem Wasserwirtschaftsamt wurde auch das Landratsamt Fürstenfeldbruck zu einer grundsätzlichen Stellungnahme hinsichtlich der Erweiterungsabsichten der Firma Reichenbach gebeten. Entsprechend der Stellungnahme vom 31.03.2022 bestehen seitens des Landratsamts gegen die Planung keine grundsätzlichen Bedenken.

Die erforderlichen Grunderwerbsgeschäfte sind zwischenzeitlich abgeschlossen bzw. im Fall des gemeindlichen Grundstücks liegt das entsprechende Wertgutachten vor (das Wertgutachten kann in der Bauverwaltung eingesehen werden).

Um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für das Vorhaben zu schaffen, beantragt die Firma Reichenbach GmbH die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans nach den Bestimmungen des § 12 BauGB.

Entsprechend dem beigefügten Lageplan grenzt das das Plangebiet südlich an das bestehende Gewerbegebiet Süd, östlich an den Wendehammer der Tannenstraße sowie nördlich und westlich an landwirtschaftliche Flächen.

Der Bebauungsplan ist im Regelverfahren mit Umweltbericht aufzustellen.

Beratung:

EB stellt Beschlussvorlage vor und beantwortet die Fragen der Gemeinderäte.

Beschluss:

1. Auf Antrag der Firma Reichenbach wird die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans gemäß § 12 BauGB für das im Lageplan der Gemeinde Eichenau vom 27.09.2022, M 1:1000, rot umrandete und schraffierte Gebiet eingeleitet. Der Lageplan ist Bestandteil dieses Beschlusses. Die Erschließung erfolgt entsprechend dem gemeinsamen Vorschlag der beiden Firmen Reichenbach GmbH und esz AG im Schreiben vom 29.08.2022 (siehe Anlage).

Das vorgelegte Planungskonzept „Variante 5“ vom 04.10.2022, erstellt durch das Büro Heene + Pröbst Consulting GmbH, dient als Grundlage für das weitere Verfahren nach § 12 BauGB.

Der Erste Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, mit der Firma Reichenbach GmbH einen Kostenübernahmevertrag abzuschließen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, den Abschluss des zur Umsetzung erforderlichen Durchführungsvertrages vorzubereiten.

2. Die Bebauungsvorstellungen der esz AG calibration & metrology verbunden mit dem Vorschlag zur Erschließung werden grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis genommen und sind im Rahmen der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu 1. als weiterer Planungsgegenstand zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	1

Top 6 Rahmenplan P&R-Anlage Süd, Teilbereich A; Planungskonzept der Diakonie München und Oberbayern - Innere Mission e. V.; Aufstellungsbeschluss und Abschluss städtebaulicher Vorvertrag**Vortrag:**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 11.01.2022 den Rahmenplan gebilligt. Dabei wurde die Geschossigkeit in den Teilbereichen A 1 und A 2 auf E+4 bzw. E+3 und ein Stellplatzschlüssel von 0,8 beschlossen. Außerdem wurde die Verwaltung beauftragt, den Planbereich A mit der Diakonie München und Oberbayern – Innere Mission e. V. nochmals abzustimmen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist im beigefügten Planungskonzept vom 30.09.2022 dargestellt. Gleichzeitig hat die Diakonie München und Oberbayern – Innere Mission e. V. mit Schreiben vom 28.09.2022 den Antrag auf Einleitung des Bebauungsplanverfahrens nach § 12 BauGB gestellt.

Die Fläche der gegenständlichen Planung ist im Flächennutzungsplan als „Sondergebiet Seniorenzentrum“ dargestellt. Im seit 30.09.2004 rechtsverbindlichen Bebauungsplan B 44 Seniorenzentrum an der Bahnhofstraße ist die Fläche als private Grünfläche und private Verkehrsfläche festgesetzt.

Im östlichen Bereich ist entsprechend dem Rahmenplan vom 11.01.2022 die Errichtung eines L-förmigen Gebäudes geplant, die bestehenden Parkflächen sowie Teile der bestehenden B&R-Flächen sollen mit dem Neubau überbaut werden. Im westlichen Bereich ist eine damit einhergehende Neuordnung der Parkierung geplant.

Im Einzelnen:

Gebäude:

Entsprechend den Vorgaben des Rahmenplans ist ein L-förmiges Gesamtgebäude vorgesehen, das entlang der Bahnhofstraße dreigeschossig (A2) mit einer Wandhöhe von ca. 10,30 m üNN und entlang der Bahnlinie viergeschossig (A1) mit einer Wandhöhe von ca. 13,30 m üNN errichtet werden soll.

Im Erdgeschoss des Gebäudes A 2 ist die geplante Tagespflege mit Zugang im Süden vorgesehen, die Nutzung des Erdgeschosses im Gebäudeteil A 1 ist aufgrund der ausstehenden Entscheidung zur Bike&Ride-Anlage noch nicht abschließend bestimmt. In den Obergeschossen von A 1 und A 2 sind Wohnungen vorgesehen, wobei sich der jeweilige Wohnungszuschnitt und dadurch bedingt auch die Anzahl der Wohnungen, je nach Ergebnis der Bedarfsprüfung, noch ändern kann. Im vorliegenden Plankonzept sollen lediglich die verschiedenen möglichen Wohnungszuschnitte dargestellt werden.

Um die entstehenden Synergien eines L-förmigen Gebäudes ohne Überbauung der B&R-Anlage bestmöglich nutzen zu können, ist im nordöstlichen Bereich ein gemeinsamer Zugang zu den Wohnungen in den Obergeschossen vorgesehen. An den Gebäude-Stirnseiten A 1 und A 2 ist jeweils ein weiteres Treppenhaus als zweiter Rettungsweg vorgesehen.

Auf dem Dach des Gebäudes A 2 kann ein Bewohnergarten entstehen, die restlichen Dachflächen (A1 und A2) sollen extensiv begrünt und/oder mit einer Photovoltaikanlage versehen werden.

Bike&Ride-Anlage

Die große Bike&Ride-Anlage im Bereich A verfügt derzeit über 396 einstöckige Abstellplätze. Die Errichtung der Anlage wurde seinerzeit (Januar 2006) von der Regierung von Oberbayern gefördert, die Zweckbindung beträgt 25 Jahre ab Fertigstellung der Anlage und läuft im Jahr 2031 ab.

Die vorgelegte und abgestimmte Planung sieht vor, dass die B&R-Anlage nicht – auch nicht teilweise - in die Gebäude A1 und A 2 integriert, sondern in einem Abstand von ca. 5 m zum Hauptgebäude errichtet wird. Dadurch kann insbesondere eine eigentumsrechtlich praktikable sowie wirtschaftlich und ortsplanerisch wünschenswerte Hauptnutzung des Erdgeschosses erreicht werden. Auch werden dadurch möglicherweise erhöhte brandschutzrechtliche Anforderungen an das Gebäude vermieden. Darüber hinaus ermöglicht eine solche Nutzung eine einheitliche Höhe des Erdgeschosses in beiden Gebäuden. Die Stellplatzanlage kann zudem unabhängig von den Gebäuden errichtet und betrieben werden. Hierfür ist die Bike&Ride-Anlage westlich unter Inanspruchnahme von Flächen der Diakonie zu erweitern.

Es ist geplant, die Anlage auf insgesamt 480 (Mehrung von 84) doppelstöckige Abstellplätze zu erweitern. Wenn die östliche Anlage entlang des Bahnsteigs nach München künftig ebenfalls auf Doppelstockparker umgerüstet wird, kann der vom MVV errechneten Bedarf für 2030 (insgesamt 1000 gegenüber derzeit 737) damit auch auf der Grundlage der gegenständlichen Planung gedeckt werden.

Inanspruchnahme gemeindlicher Flächen

Zur Verwirklichung des Vorhabens werden gemeindliche Flächen im Bereich des Bahnhofvorplatzes benötigt, deren Wert unabhängig der Überlassungsart im weiteren Verfahren gutachterlich zu ermitteln ist.

Für die Überlassung der gemeindlichen Fläche stehen folgende rechtliche Konstellationen zur Verfügung, die nachfolgend näher betrachtet werden:

1. Veräußerung des Grundstücks

Möglich ist zunächst die Veräußerung der gemeindlichen Flächen an die Diakonie. Der Wertausgleich (Zurverfügungstellung von Wohnungen zur Weitervermietung) und die Übereignung der Fläche für die öffentlichen Fahrradabstellplätze sind im Notarvertrag zu regeln und abzusichern.

2. Erbbaurecht

Als mögliche Gestaltungsvariante wurde zunächst auch die Einräumung eines Erbbaurechts an dem gemeindlichen Grundstück angedacht. Bei den vorliegenden Gegebenheiten ist das Erbbaurecht nach § 1 Abs. 3 ErbbauRG allerdings ausgeschlossen, da ein sogenanntes Nachbarerbbaurecht vorliegt. Das heißt, ein einheitliches Gebäude wird teilweise auf dem Grundstück des Bauherrn und teilweise auf einem benachbarten Erbbaurecht errichtet. Im Erbbaurecht muss flächenscharf gebaut werden, damit nach Ablauf des Erbbaurechts die Eigentümer der Grundstücke autonom agieren können.

Möglich wäre allenfalls, dass die Gemeinde ihr Grundstück an die Diakonie veräußert und, die Diakonie an dem dann alleine ihr gehörigen Grundstück ein Erbbaurecht an einen Dritten vergeben kann. Da die Diakonie das Gebäude selber errichten möchte, scheidet auch diese Option aus.

3. Überbaudienstbarkeit

Sollten zwei Grundstücke beibehalten werden, besteht zur Umsetzung des Vorhabens auch die Möglichkeit der Einräumung einer Überbaudienstbarkeit, ausgehend vom Grundstück der Diakonie auf das Grundstück der Gemeinde.

Ein solcher rechtmäßiger Überbau bewirkt eine Duldungspflicht der Gemeinde, der Inhalt ihres Eigentums wird für den Bereich des Überbaus beschränkt.

Ergebnis:

Im direkten Vergleich der drei zur Verfügung stehenden Möglichkeiten stellt sich die Grundstücksveräußerung unter Betrachtung rechtlicher Gesichtspunkte als Vorzugslösung dar. Diese wird auch von der Diakonie favorisiert.

Der Wertausgleich kann auch dadurch erfolgen, dass der Gemeinde Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, der eigenständig und frei vermietet werden kann.

Unabhängig davon hat sich die Diakonie München und Oberbayern – Innere Mission e. V. bereit erklärt

1. der Gemeinde im Fall der Veräußerung der Gebäude A1/A2 ein Vorkaufsrecht einzuräumen
2. dass der Gemeinde zur Ermöglichung einer künftig möglicherweise gewünschten Bebauung des Teilbereichs A 3 ein Geh-, Fahrt- und Leitungsrecht zur Sicherung der Erschließung eingeräumt wird.

Bebauungsplanverfahren:

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan erfüllt die Voraussetzungen des § 13 a BauGB, so dass dieser im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden kann.

Mit der städtebaulichen Planung soll der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, mit der rechtlichen Begleitung, insbesondere mit dem Entwurf der städtebaulichen und Grundstücksverträge die Kanzlei GSK Stockmann, München, RA Dr. Würfel beauftragt werden.

Beratung:

EB stellt Beschlussvorlage vor und beantwortet die Fragen der Gemeinderäte.

Beschluss:

1. Auf Antrag der Diakonie München und Oberbayern – Innere Mission e. V. wird die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans nach § 12 BauGB eingeleitet. Der Lageplan mit dem Plangebiet, der Rahmenplan, Teilbereich A vom 11.01.2021 sowie das vorgelegte Planungskonzept des Büros Hartmann und Architekten vom 30.09.2022 sind der weiteren Planung zugrunde zu legen und Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die Diakonie München und Oberbayern – Innere Mission hat die Planung-, Erschließungs- und Rechtsberatungskosten, die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens anfallen, zu tragen. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Diakonie München und Oberbayern – Innere Mission e. V. den städtebaulichen Vorvertrag zur Kostenübernahme abzuschließen.
3. Mit der erforderlichen städtebaulichen Planung soll der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, mit der rechtlichen Begleitung, insbesondere dem Entwurf der städtebaulichen und Grundstücksverträge die Kanzlei GSK Stockmann, München, Rechtsanwalt Dr. Würfel, beauftragt werden.
4. Die für das Vorhaben erforderliche gemeindliche Fläche wird der Diakonie im Rahmen der Veräußerung übertragen. Hierfür ist ein Wertgutachten in Auftrag zu geben. Die Ausgestaltung des Wertausgleiches ist im weiteren Verfahren mit der Diakonie abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0

Top 7 Sport- und Freizeitzentrum (SFZ) Flutlicht-Umrüstung auf LED – Ergänzung der Beschlussvorlage vom 19.07.2022**Vortrag:**

Der FC Eichenau hatte einen Antrag auf Umrüstung des Flutlichts gestellt.

Es fallen zunehmend häufiger Leuchten aus (im Mittel ca. 2 pro Jahr), am Trainingsplatz werden auch erste technische Bauteile (Zündgeräte, Kondensatoren, Vorschaltgeräte) defekt. LED-Strahler haben im Gegensatz zu den vorhandenen Strahlern eine höhere Lebensnutzungsdauer, sodass ein Wechsel weit weniger häufig nötig ist.

Durch Umrüstung kann auch der Energieverbrauch und damit der CO₂-Ausstoß gesenkt werden, sowie die Beleuchtungsqualität auf dem Spielfeld gesteigert werden. Ebenso würden Lichtemissionen nach oben und außerhalb des Spielfeldes reduziert werden.

Im SFZ sind drei Plätze beleuchtet (siehe Lageplan):

- Kunstrasenplatz mit 4 Masten und 8 Strahlern (von 2005)
- Kleines Rasenspielfeld mit 2 Masten und 4 Strahlern (von 2005)
- Trainingsplatz mit 6 Masten und 8 Strahlern (von ?, über 20 Jahre alt)

Derzeit gibt es zwei staatliche Förderprogramme, die für die Maßnahme in Frage kämen, vergleichbar mit der Umrüstung von Straßenbeleuchtung. Diese sind:

- ZUG – Nationale Klimaschutzinitiative (Bundesförderprogramm)
= „Kommunalrichtlinie“ (25%)
- KommKlimaFör (Bayerisches Förderprogramm) (70%)
sattelt als zusätzliche Förderung auf der ZUG – Förderung auf.

Nach Aussage des Ingenieurbüros beziehen sich die Förderungen auf die brutto-Kosten und sind auf 90% gedeckelt. Das wären ca. 81.000 €. Es verbleibt ein Eigenanteil für die Gemeinde von 10%. Das wären ca. 9.000 €. Eine Garantie auf die Förderung gibt es im Vorfeld nicht.

Gefördert wird der Ausbau/Entsorgung der alten Strahler, Einbau der neuen Strahler einschließlich anteiliger Regelungstechnik. Es wird davon ausgegangen, dass die Masten erhalten werden können, deren Standsicherheit erst 2020 ohne Beanstandung geprüft wurde.

Nicht förderfähig sind allerdings die Planungs- und Projektleitungskosten. Die Planungskosten liegen nach § 55 HOAI, Honorarzone 1 (geringe Anforderungen) für die Leistungsphase 1-9 ohne 4 (Genehmigungsplanung) bei ca. 23.000 € brutto.

Der Eigenanteil der Gemeinde würde zusammen ca. 31.000 € brutto betragen.

(In vorangegangenen Beschlussvorlagen wurde von den netto-Kosten ausgegangen und einer Deckelung auf 85%)

Das finanzielle Risiko, das die Gemeinde eingeht, sind 5.831 € brutto gem. Angebot des Ingenieurbüros für die Vorbereitung und Förderantragstellung, falls keine Förderzusage erreicht wird und das Projekt nicht umgesetzt wird.

Die Mittel für die Antragstellung bei beiden Programmen können kurzfristig aufgebracht werden (HHSt. 1.5602.9500) Sie werden im Falle einer Weiterbeauftragung angerechnet. Die Bearbeitung bis zur Förderzusage dauert derzeit über ein halbes Jahr.

Voraussetzung für die Förderung ist, dass eine Energieeinsparung von mind. 50% erreicht wird und eine nutzungsgerechte Steuerung der Systeme zur Zeit- und Präsenzabhängigen Beleuchtung ermöglicht wird. Auch Insekten und Naturschutzbelange würden berücksichtigt werden (Farbtemperatur max. 4000 Kelvin).

Die Antragstellung und Ausschreibung kann nicht bzw. darf nicht von der Verwaltung durchgeführt werden. Zum einen erfordert sie umfangreiches Detailwissen für die Bestandserfassung und Berechnung von CO₂-Einsparpotential, Wirtschaftlichkeitsberechnung, Kostenschätzung und herstellerneutraler Ausschreibung. Zum anderen ist Voraussetzung für die Berücksichtigung im Förderprogramm, dass ein externer Planer beauftragt ist (Näheres siehe unten). Der Gemeinde liegt das Angebot eines Ingenieurbüros, mit dem die Gemeinde gute Erfahrungen gemacht hat, vor (siehe Anlage).

Die Kosten der Maßnahme betragen nach Angeboten von Ausführungsfirmen für alle drei Plätze zusammen ca. 90.000 € brutto (Stand: 2022).

Drei unverbindliche Kostenvoranschläge liegen vor, wobei ein Angebot nicht aussagekräftig ist (s.u). Die Gleichwertigkeit wurde nicht geprüft.

	Rasenplatz (Trainingplatz, Nebenplatz)	Kunstrasenplatz	Kleinfeld	Bemerkung
Nr. 1	32.368,00 € brutto Leistung 930 W	35.224,00 € brutto Leistung 1.400 W	17.612,00 € brutto Leistung 1.400 W	Beleuchtungsklasse III, Lichtfarbe unerheblich für den Preis 3000/4000K, dimmbar
Nr. 2	36.638,91 € brutto Leistung ca. 1500 W bei Einstellung auf 170 Lux)	36.353,31 € brutto	19.084,03 € brutto	Beleuchtungsklasse III, Lichtfarbe 3.000 K, dimmbar
Nr. 3	29.213,00 € netto Leistung 1200 W	22.013,00 netto Leistung 1.600 W		Nur Materialkosten netto, zzgl. Mwst u. Montage Beleuchtungsklasse III, Lichtfarbe 4.000 K, dimmbar

Der FC Eichenau wünscht sich eine Lichtfarbe von 4.000 K, da sonst Kontraste nicht gut genug wahrgenommen werden können (Linien, Gegenspieler > Verletzungsgefahr).

Die zu erwartende Stromeinsparung liegt für beiden Plätze zusammen, grob geschätzt bei ca. 10.000 kWh pro Jahr bei einer Nutzungsdauer von 400 h/a. Das entspricht ca. 3.000 €. Die Einsparung ist damit nicht so hoch, wie bei der Straßenbeleuchtung, da die Anlage eine kürzere tägliche Betriebsdauer hat. Die Investitionskosten von ca. 31.000 € (Eigenanteil der Gemeinde) hätte sich durch die Einsparung in 10 Jahren amortisiert. Die Lebensdauer der LED Beleuchtung wird mit 10.000 Betriebsstunden angegeben, das wären 25 Jahre bei einer Nutzungsdauer von 400 h/a.

1. Ergänzung

In der Gemeinderatssitzung vom 19.07.2022 wurde eine Entscheidung zur Umrüstung der Flutlichtanlage auf LED im Sport – und Freizeitzentrum zurückgestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, ob und falls ja, welche Leistungen in Bezug auf Förderantrag sowie Planung / Ausschreibung selbst durchgeführt werden können.

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Ohne Beteiligung eines Ingenieurbüros können Förderantrag und Maßnahme nicht durchgeführt werden. Für das interessante KommKlimaFÖR-Programm des Landes Bayern (70% Förderung) sind Gutachten externer Sachverständiger für den Antrag ebenso wie für den Verwendungsnachweis obligatorisch (siehe Anlage). Die Verwaltung ist fachlich nicht in der Lage die Förderanträge zu stellen und die umfangreichen Dokumentationspflichten für den Verwendungsnachweis zu erfüllen (s.o.).

Ergänzend dazu erfordert das Vergaberecht für öffentliche Auftraggeber eine formale Ausschreibung. Die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und Auswertung der Angebote ist von der Verwaltung nicht zu leisten, da die spezielle Fachkenntnis fehlt.

Die Verwaltung schlägt daher vor, ein Ingenieurbüro mit dem Förderantrag und, einen positiven Förderbescheid vorausgesetzt, stufenweise mit den Leistungsphasen 1-3 und 5-9, §55 HOAI, d.h. Planung, Ausschreibung und Abwicklung der Maßnahme, zu beauftragen, mit dem die Gemeinde bereits bei der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED gute Erfahrungen gemacht hat. Dieses hat der Gemeinde mit innovativen Ideen zu hoher Förderung verholfen. Erfahrung mit der Antragstellung und Kontakte zur Regierung von Oberbayern und zum Projektträger ZUG (Förderstelle) sind vorhanden.

Es ist für die Gemeinde vorteilhaft mit bewährten Partnern zusammenzuarbeiten. Auch der zeitliche Rahmen für die Antragstellung bis Ende des Jahres, spricht für die Vergabe an das Büro. Das Honorar entspricht den Regelungen der HOAI zu deren Anwendung die öffentlichen Auftraggeber angehalten sind.

Zahlreiche Gemeinden haben in den vergangenen Jahren die Flutlichtanlagen ihrer Sportplätze umgerüstet. Trotz der Planungskosten ist die Realisierung des Projekts mit Förderung mit ca. 31.000 € brutto deutlich günstiger, als ohne Förderung (ca.90.000 € brutto).

2. Ergänzung

Vor der Gemeinderatssitzung am 20.09.2022 wurde der TOP abermals zurückgestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, ob der Verein als Bauherr auftreten könnte, um vergaberechtsfrei beauftragen zu können und gleichzeitig Planungskosten einzusparen.

Der Verein könnte, wenn er als Bauherr auftritt, ohne Planer insgesamt 45% an Förderungen bekommen (25% Kommunalrichtlinie, 20 % Sportförderrichtlinie SportFÖR des Freistaats Bayern - Die Förderungen sind kumulierbar. Eichenau wird nicht als finanzschwache Kommune eingestuft).

Bei 90.000 € Baukosten brutto verbleiben aber immer noch 49.500 € Eigenbeteiligung. Eine Kostenersparnis ist damit nicht verbunden, im Gegenteil: die Kosten sind selbst bei Hinzurechnung der Planungskosten höher als bei Inanspruchnahme von Kommunalrichtlinie (25%) und KommKlimaFör (70 %). Die Durchführung von Vergabeverfahren ist eingeübt und führt in aller Regel zu wirtschaftlichen Ergebnissen, weshalb sie kommunalrechtlich bzw. haushaltsrechtlich auch vorgesehen sind.

Außerdem ist die Förderung nach Abschnitt C (Förderung des Sportstättenbaus) der Sportförderrichtlinie, an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die auf Eichenau nicht zutreffen bzw. nicht leicht herzustellen sind:

Abschnitt C/2.4.3 der Sportförderrichtlinien SportFÖR besagt, dass kommunale Anlagen nicht gefördert werden. „Hierzu zählen auch Sportstätten, die ... durch die Kommune errichtet oder betrieben wurden. Als Wesensmerkmal ... gelten dabei z.B. Hausherrenschaft der Kommune oder die offensichtliche, kurzfristige im Zusammenhang mit einem Antrag auf Förderung stehende Übertragung der Hausherrenrechte auf den antragstellenden Verein.

Abschnitt C/3.4.1, 3.4.2 und 3.4.3 besagt, dass die Förderobjekte grundsätzlich im (Teil-)Eigentum bzw. (Teil-)Erbbaurecht des Vereins stehen müssen, bzw. alternativ bei Anlagen, die nicht auf vereinseigenen Grundstücken errichtet werden, ein langfristiges Nutzungsrecht an dem Grundstück durch einen Vertrag nachzuweisen ist (mind. 25 Jahre ab Fertigstellung der Anlage unkündbar, unabdingbar und uneingeschränkt).

FlstNr. 1863, auf dem die Fußballplätze liegen, gehört der Gemeinde.

Es besteht mit dem FC Eichenau ein Grundstücksnutzungsvertrag mit Wirkung vom 13.12.2006, der sich um jeweils 1 Jahr verlängert, wenn er nicht gekündigt wird. Gem. §2 des Vertrags werden dem Verein die auf dem Grundstück befindlichen Spielfelder zur Nutzung überlassen. Gem. §5 sind bauliche Veränderungen am Nutzungsobjekt nur mit schriftlicher Genehmigung der Gemeinde vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für die Errichtung und Änderung baulicher Anlagen usw.

Außerdem kam die Information aus in Fachkreisen, dass in den Förderbescheiden des Bayerischen Landessportverbands (BLSV) nach Sportförderrichtlinie die Lichtfarbe seit 1.4.2022 auf 3.000 K beschränkt ist, während sie bei dem Bundesförderprogramm bei max. 4.000 K liegt, was vom FC Eichenau gewünscht ist.

Sollte dieses Förderprogramm in Anspruch genommen werden, wäre folgendes zu klären:

- Der Grundstücks-Nutzungsvertrag wäre entsprechend abzuändern.
- Mit dem Verein wäre zu klären, ob dieser in der Lage ist, die Voraussetzungen zu erfüllen, Antragstellung und Verwendungsnachweis über den Dachverband durchzuführen und die Bauherrenschaft zu übernehmen.
- Es wäre zu klären, wer die Kosten trägt (Eigenanteil des Vereins nicht unter 10% (Abschnitt C/3.3.1), Zuschüsse der Gemeinde?)
- In dem speziellen Fall der Umrüstung der Flutlichtanlage auf LED ist geplant die vorhandenen Masten stehen zu lassen und lediglich die Strahler auszutauschen. Ob dies eine Modernisierungsmaßnahme aus energetischen Gründen oder eine nicht förderfähige Teilsanierung von Bauteilen ist, wäre zu prüfen (siehe Abschnitt C/2.1.1.3).

In Anbetracht der Tatsache, dass die Bauherrenschaft des Vereins nur mit großem Aufwand zu erreichen wäre und höhere Kosten zur Folge hätte, bleibt die Verwaltung bei Ihrem ursprünglichen Beschlussvorschlag.

Ein Beschluss ist jetzt zu fassen, da dem Ingenieurbüro sonst nicht genug Zeit bleibt, um den Förderantrag bis 31.12.2022 einzureichen.

Beratung:

EB und Bauverwaltungsmitarbeiterin Frau Bierl stellen die Beschlussvorlage vor und beantworten die Fragen der Gemeinderäte.

GR Wolfgang Fiebig beantragt die Lichtfarbe auf 4.000 Kelvin festzusetzen.

Beschluss:

Die Lichtfarbe der Flutlichtanlage wird auf 4.000 Kelvin festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	5

Beschluss:

Der Projektbeschluss für den Austausch der vorhandenen Leuchten gegen moderne LED Leuchten wird erteilt. Das vorgeschlagene Ingenieurbüro soll umgehend mit der Ausarbeitung der Förderanträge beauftragt werden. Einen positiven Bescheid vorausgesetzt, soll es stufenweise mit den Leistungsphasen 1-3 und 5-9 nach HOAI beauftragt werden.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 115.000 € für Planung, Ausschreibung und Umrüstung sollen im Haushalt 2023 vorbehaltlich der Haushaltsberatungen eingestellt werden. (Abzüglich Förderung verbleibt ein Eigenanteil von ca. 31.000 €).
Einen positiven Förderbescheid vorausgesetzt, soll die Maßnahme 2023 umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0

Top 8 **11. Änderung des Flächennutzungsplans; Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belangen nach § 4 Abs. 2 BauGB; Abwägungs- und Feststellungsbeschluss**

Vortrag:

In seiner Sitzung vom 19.07.2022 hat der Gemeinderat den Entwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplans zur Errichtung einer Bike-Park-Anlage in der Fassung vom 19.07.2022 gebilligt und die Verwaltung beauftragt, das Offenlageverfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte im Zeitraum vom 22. August 2022 bis einschließlich 23. September 2022.

A) Behandlung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit aus dem Offenlageverfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB

Von der Öffentlichkeit wurden keine Anregungen, Einwände, Bedenken oder Hinweise zur gegenständlichen Planung vorgebracht:

Vorschlag zum Beschluss:

entfällt

B) Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange gaben keine Stellungnahme ab:

Freiwillige Feuerwehr Eichenau
KommEnergie GmbH
Regierung von Oberbayern - für Brand und Katastrophenschutz
Deutsche Telekom AG

Kreisjugendring Fürstenfeldbruck
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
Amt für ländliche Entwicklung Oberbayern
Bayerischer Jagdverband e. V.
Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Fürstenfeldbruck

Stellungnahmen ohne Anregungen oder Einwendungen brachten vor:

SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG
Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Wasserwirtschaftsamt München
Regionaler Planungsverband München
Regierung von Oberbayern – Höhere Landesplanungsbehörde
Stadt Puchheim
Gemeinde Alling
Amperverband

Vorschlag zum Beschluss:

entfällt

Stellungnahmen ohne weitere als der bereits im Verfahrensschritt nach § 4 Abs. 2 BauGB geäußerten Anregungen oder Einwendungen, die bereits in der Sitzung am 19.07.2022 abgewogen wurden, brachten vor:

Kreisbrandrat des Landkreises Fürstenfeldbruck über Landratsamt – Fachbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung
Bayernwerk Netz GmbH

Vorschlag zum Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die vorgenannten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine weiteren als die bereits im Verfahrensschritt nach § 4 Abs. 2 BauGB geäußerten Anregungen, Bedenken oder Hinweise abgegeben oder erhoben haben. Es ergeben sich zu der in der Gemeinderatssitzung am 19.07.2022 erfolgten Abwägung keine Veränderungen oder neue Erkenntnisse.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die vorgenannten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine weiteren als die bereits im Verfahrensschritt nach § 4 Abs. 2 BauGB geäußerten Anregungen, Bedenken oder Hinweise abgegeben oder erhoben haben. Es ergeben sich zu der in der Gemeinderatssitzung am 19.07.2022 erfolgten Abwägung keine Veränderungen oder neue Erkenntnisse.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0

Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen:

1. Bayerischer Bauernverband

Stellungnahme:

Nach Rücksprache mit dem zuständigen Ortsobmann des Bayerischen Bauernverbandes nehmen wir zu o. g. Planung wie folgt Stellung:

Westlich des Plangebiets befindet sich ein Feldweg. Dieser wird von den Baufahrzeugen zur Zu- und Abfahrt genutzt. Der Feldweg am westlichen Rand des Plangebiets muss während der Bebauungsphase und auch danach dem landwirtschaftlichen Verkehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen und zugänglich sein. Schäden, die im Rahmen von Erschließung und Bebauung am Feldweg entstehen, müssen durch die Verursacher wieder beseitigt werden. Auch ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass dieser nicht durch parkende Fahrzeuge verengt wird. Eine ausreichende Breite des Weges auch für große landwirtschaftliche Fahrzeuge muss sichergestellt werden.

Wir bitten sie, o. g. Einwände bei der Planung zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang weisen wir ausdrücklich auf die Einwendungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit der Bitte um Berücksichtigung hin.

Abwägung:

Gegen das Planvorhaben selbst bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen. Da die Gemeinde selbst Bauherrin und zugleich auch Straßenbaulastträgerin der um das Plangebiet verlaufenden Feldwege ist, ist die Beseitigung etwaiger Schäden sichergestellt. Seitens der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind keine Stellungnahmen bei der Gemeinde Eichenau eingegangen.

Die vorgebrachten Hinweise betreffen die Ausführungsplanung und werden bereits in der Begründung unter Punkt 2.5 berücksichtigt.

Vorschlag zum Beschluss:

Die Stellungnahme des Bayerischen Bauernverbands vom 22.09.2022 wird zur Kenntnis genommen, es ergeben sich keine Änderungen der gegenständlichen Planung.

Beschluss:

Die Stellungnahme des Bayerischen Bauernverbands vom 22.09.2022 wird zur Kenntnis genommen, es ergeben sich keine Änderungen der gegenständlichen Planung.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0

2. Landratsamt Fürstenfeldbruck

Stellungnahme:

Das Landratsamt nimmt wie folgt Stellung:

Die Gemeinde Eichenau beabsichtigt mit der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes die bauplanungsrechtliche Grundlage für die Errichtung einer Bike-Park-Anlage zu schaffen.

Im Unterschied zur bisherigen Planung wurde die Zweckbestimmung konkretisiert.

Abfallrecht

Die im Landkreis Fürstenfeldbruck erfassten Altlasten und Altlastenverdachtsflächen werden von o. g. Bauleitplanung nicht berührt. Von Seiten des Sachgebietes 24-1 – Umwelt – und Klimaschutz – Bodenschutzrecht/Staatliches Abfallrecht, werden deshalb keine Bedenken vorgebracht.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Erfassung der Altstandorte im Landkreis Fürstenfeldbruck noch nicht abgeschlossen ist.

Immissionsschutz

Sollten Veranstaltungen, die mit der Aufstellung von Lautsprecher-/Musikanlagen verbunden sind, auf dem Gelände des Bikeparks geplant sein, so wäre im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ein schalltechnischer Nachweis zu erbringen, unter welchen Voraussetzungen die Immissionsrichtwerte der Achtzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsgesetzes (Sportanlagenlärmschutzverordnung – 18. BImSchV) eingehalten werden können.

Naturschutz

Aus naturschutzfachlicher Sicht bestehen gegen die 11. Änderung des Flächennutzungsplans weiterhin keine Bedenken.

Wasserrecht

Aus wasserrechtlicher Sicht bestehen gegen die 11. Änderung des Flächennutzungsplans Eichenau „Bike-Park-Anlage“ keine Bedenken.

Straßenverkehrsamt

Aus Sicht des Straßenverkehrsamtes bestehen weiterhin keine Einwände gegen die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes „Bike-Park“ in der Gemeinde Eichenau.

Verkehrsplanung

Es bestehen keine Einwände gegen die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Errichtung einer Bike-Park-Anlage auf einer Teilfläche der Flurnummer 1829 der Gemeinde Eichenau.

Öffentlicher Personennahverkehr

Aus Sicht der Stabsstelle ÖPNV ist kein Handlungsbedarf gegeben, da das geplante Bauvorhaben bereits in ausreichender Form an das MVV-Netz sowie gut an das Radwegenetz angebunden ist.

Abwägung:

Immissionsschutz

Auf dem Gelände sind keine Veranstaltung geplant, die mit der Aufstellung von Lautsprecher-/Musikanlagen verbunden sind. Ein Gutachten ist daher nicht erforderlich. Zudem sind hier auch artenschutzrechtlichen Belange zu berücksichtigen.

Vorschlag zum Beschluss:

Vorschlag zum Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, es ergeben sich keine Änderungen der gegenständlichen Planung.

Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, es ergeben sich keine Änderungen der gegenständlichen Planung.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0

Beschluss:

1. Der Entwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplans zur Errichtung einer Bike-Park-Anlage mit Begründung samt Umweltbericht und spezieller artenschutzrechtlicher Prüfung (saP) in der Fassung vom 19.07.2022 wird gebilligt und erhält das Fassungsdatum 11.10.2022.
2. Die 11. Änderung des Flächennutzungsplans zur Errichtung einer Bike-Park-Anlage mit Begründung samt Umweltbericht und saP in der Fassung vom 11.10.2022 wird festgestellt und dem Landratsamt Fürstenfeldbruck als zuständige Genehmigungsbehörde nach § 6 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 ZustVBau vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0

Top 9	Ausstattung der Starzelbachschule mit raumlufotechnischen Anlagen; Vergabe von Bauleistungen (Nachträge)
--------------	---

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

Top 10	Vergabe von Aufträgen; Wertgrenzenregelungen
---------------	---

Vortrag:

Das bayerische Staatsministerium des Innern und für Integration setzt Grundsätze für die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich über eine Bekanntmachung, die in unregelmäßigen Abständen bei Bedarf aktualisiert wird, fest. Die letzte Änderung wurde am 06. September 2022 vorgenommen.

In der Regel bestehen die Änderungen darin, dass die Wertgrenzen für die Festlegung der Vergabeart (Freihändig, Beschränkt oder Öffentlich) an die aktuelle Wirtschaftslage angepasst und somit angehoben werden.

Die Regelungen sind bindend und können durch einen Gemeinderatsbeschluss nur eingeschränkt aber nicht erweitert werden.

Letztmalig mit Beschluss vom 24.01.2017 hatte der Gemeinderat die Regelungen der damals aktuellen Bekanntmachung mit der einzigen Änderung übernommen, dass „bei freihändigen Vergaben ab einer geschätzten Auftragssumme von 8.000,- € zum Zweck des Preisvergleichs, der Vergabetransparenz und der Minimierung der Manipulationsgefahr mindestens 3 Angebote eingeholt werden sollen“.

Aktualisierungen des Gemeinderatsbeschlusses wurden seitdem nicht mehr vorgenommen, da die Bekanntmachung für die Kommunen bindend ist. Ein Einführungsbeschluss durch den Gemeinderat ist daher nicht notwendig. Zur Vereinfachung der öffentlichen Vergabeverfahren schlägt die Verwaltung daher vor, den Beschluss vom 24.01.2017 mit den darin enthaltenen Einschränkungen aufzuheben. Damit gelten künftig immer die aktuellen Bekanntmachungen des Staatsministeriums unverändert.

Derzeitige Regelungen (Bekanntmachung vom 31.07.2018 zuletzt geändert am 06.09.22 - siehe Anlage):

- Die Vergabe von Bauaufträgen sind bis folgende Wertgrenzen (netto) ohne weitere Begründung möglich:
 - o Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahme Wettbewerb bis 1.000.000,- €
 - o Verhandlungsvergaben (freihändige Vergabe) bis 100.000,- €
 - o Direktauftrag bis 10.000,- €

- Die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen sind bis folgende Wertgrenzen (netto) ohne weitere Begründung möglich:
 - o Beschränkte Ausschreibung bis 100.000,- €
 - o Verhandlungsvergaben bis 100.000,- €
 - o Direktauftrag bis 5.000,- €

- Für Beschaffungen bis zum Ablauf des 31.12.2023 können abweichend von obengenannten Wertgrenzen Direktaufträge bis zu einer Wertgrenze von 25.000,- € erteilt werden.
- Es gelten die allgemeinen Grundsätze des Vergaberechts: Wettbewerb, Transparenz, Gleichbehandlung/Diskriminierungsverbot, Wirtschaftlichkeit und Verhältnismäßigkeit.

Beschluss:

Der Gemeinderatsbeschluss vom 24.01.2017 wird aufgehoben.

Die Bekanntmachung des Staatsministeriums über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich gilt in seiner aktuellen Fassung uneingeschränkt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	21
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0

Top 11 Neufassung der Friedhofssatzung - FS; hier Satzungsbeschluss

Vortrag:

Die Satzung über die Benutzung des gemeindlichen Friedhofs Eichenau – Friedhofssatzung - FS vom 02. März 1998 entspricht seit längerem nicht mehr den aktuellen Entwicklungen der Begräbniskultur. Nach mehrfachen Satzungsänderungen war im Zuge der Neugestaltung der Friedhofsgebührensatzung eine grundsätzliche Überarbeitung der Satzung geboten. Die neue Satzung orientiert sich an den Empfehlungen des Bayerischen Gemeindetags, berücksichtigt aber auch die Spezifika des Eichenauer Friedhofs.

Die zuletzt eingearbeiteten Änderungen sind in den neuen Satzungstext übernommen.

Der Entwurf ist im Wesentlichen von Mitarbeiterinnen des Standesamts erarbeitet und stellt für die kommenden Jahre eine solide handhabbare Möglichkeit rechtssicherer Ausgestaltung der Rechtsbeziehungen betroffener Kreise dar.

Zur besseren Vergleichbarkeit ist als Anlage neben dem neuen Satzungstext auch eine Synopse zur bisherigen Satzung angehängt.

Die Verwaltung empfiehlt die Satzung in der vorgelegten Form zu erlassen.

Beratung:

EB stellt die Beschlussvorlage mit folgenden den Änderungen vor:

- Seite 9 §9 Abs. 2 g) cc) von „Art. 19“ auf „§20“ geändert
- Seite 10 §9 Abs. 2 bb) von „im Teil K stehen 56 Plätze“ auf „im Teil K stehen 84 Plätze“ geändert
- Seite 12 § 10 Abs. 4 [...Nutzungsrecht an „einer Gruft,“ einer...] ergänzt
- Seite 13 § 12 Abs. 5 von „(§28)“ auf „(§29)“ geändert
- Seite 14 § 12 Abs. 9 c) von „(§12 Abs. 13)“ auf „(§12 Abs. 12)“ geändert
- Seite 18 § 16 (6) wird [...im Teil K, G „und J“ sowie...] ergänzt
- Seite 19 § 17 (4) von „§ 18 und 19“ auf „§ 18 bis 21“ geändert

GR Markus Hausberger beantragt in § 6 die Altersbegrenzung von 10 Jahren zu streichen.

Beschluss:

In §6 wird die Altersgrenze von 10 Jahren gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	22
Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0

GR Martin Eberl beantragt §6 Abs. 3 a) zu streichen, da Hunde generell zugelassen werden sollten.

Beschluss:

§6 Abs. 3 a) wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	22
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	13

abgelehnt

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den anliegenden Entwurf mit den Änderungen vom 02.03.1998 der Friedhofssatzung – FS als Satzung vom 30.09.2022 mit dem heutigen Datum.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	22
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	3

Top 12 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung; hier Satzungsbeschluss
--

Vortrag:

Aufgrund der vom Gemeinderat bereits behandelten Neukalkulation der Friedhofsgebühren nach der Sanierung der Aussegnungshalle hat sich die Friedhofsverwaltung mit der Neufassung der Gebührensatzung nochmals intensiv beschäftigt. Insbesondere die Nutzung der Leichenhalle ist unter Gesichtspunkten der Angemessenheit nochmals angepasst worden.

Mit der neuen Gebührensatzung wird die kostendeckende Einrichtung Friedhof wieder auf ein deutlich höheres Deckungsniveau angehoben. Dennoch verbleibt nach bisheriger Erkenntnis eine Deckungslücke, die den politischen Vorgaben und Wünschen entsprechend aber in Kauf genommen werden kann. Die genaue Höhe dieser Lücke wird zur Sitzung nachgereicht.

Aufgrund der Stellungnahme der Kommunalaufsicht hat sich Ende September auch ergeben, dass die sonstigen Gebühren durch eine Änderung des kommunalen Kostenverzeichnisses erfolgen sollen. Daher umfasst die Gebührensatzung primär Grablegen und sonstige in direktem Umfeld stehende Gebühren und nicht die Friedhofsverwaltungsgebühren selbst.

Die Verwaltung empfiehlt die nachstehend im Entwurf angefügte Satzung zu beschließen, zumal die hieraus resultierenden höheren Einnahmen bereits seit Jahresanfang dem Haushalt zu Grunde gelegt sind.

Beratung:

EB stellt die Beschlussvorlage mit der Änderung vor, dass in §2 nach Art. ein Punkt zu ergänzen ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den angehängten Entwurf der Friedhofsgebührensatzung vom 30.09.2022 als Satzung mit dem heutigen Datum.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	22
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	4

Top 13	Änderung der Kostensatzung (KS) und des Kostenverzeichnisses; hier Satzungsbeschluss
---------------	---

Vortrag:

Bei der Überprüfung der Neufassung der Friedhofsgebührensatzung monierte die Kommunalaufsicht, dass die Kosten sonstiger Gebühren für die Friedhofsverwaltungshandlungen unter der Tarifgruppe 75 des Kostenverzeichnisses zur Kostensatzung bereits geregelt seien. Zur Vermeidung von widersprüchlichen Festsetzungen solle eine Anpassung von Kostensatzung und -verzeichnis erfolgen.

Aus diesem Grunde hat die Verwaltung die Tarifgruppe 75 angepasst und die Kostensatzung auf die nunmehr aktuelle Fassung des Kostengesetzes angepasst.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den angehängten Entwurf der Kostensatzung (KS) und des Kostenverzeichnisses vom 30.09.2022 als Satzung mit dem heutigen Datum.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	22
Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0

Top 14	Aufgabenübertragung im Rahmen der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen im LKR FFB zur Digitalen Schule
---------------	---

Vortrag:

Der Gemeinderat hat sich mit dem Kompetenzzentrum Digitale Schule FFB bereits in mehreren Sitzungen, so am 16.11.2021 und 30.11.2021, am 08.03.2022 und am 21.06.2022 beschäftigt. Unterdessen ist der Verein Digitale Schule FFB e.V. am 12.09.2022 in das Vereinsregister München unter der Registernummer VR209 645 eingetragen worden, am 19.09.2022 genehmigte die Regierung von Oberbayern die Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Fürstenfeldbruck den Gemeinden, großen Kreisstädten und den Schulverbänden vom 28.07.2022/30.08.2022 und 08.09.2022.

In §2 der Zweckvereinbarung sind die möglichen Übertragungsgegenstände im Einzelnen aufgeführt. Bei der Übertragung von IT-Administrationsaufgaben ist festzustellen, dass die Förderung des Freistaats Bayern hierzu (dBIR Admin) bislang gekoppelt an die sachaufwandstragende Kommune bzw. den Schulverband ist. Bislang ist unklar, ob sich diese Zuordnung ändern wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht dies nicht zur Diskussion. Damit scheidet nach intensiver Diskussion dieser Frage auch innerhalb des Bayerischen Gemeindetags eine Übertragung der Schul-IT-Administration über die Zweckvereinbarung an den

Verein Digitale Schule FFB e.V. gegenwärtig aus. Derzeit ist allerdings die Übertragung folgender Aufgaben im Rahmen der Zweckvereinbarung auf den Verein Digitale Schule möglich:

1. Ausstattung der Schulen mit den notwendigen Arbeitsmaterialien; dies umfasst insbesondere
 - a. Bestandsaufnahme an den Schulen vor Ort
 - b. Unterstützung bei Ausschreibungen
 - c. Unterstützung im Rollout-Projektmanagement
 - d. Koordination von externen Dienstleistern
 - e. Prüfung gemeinsamer/abgestimmter Beschaffungsmöglichkeiten
 - f. Unterstützung bei Ersatzbeschaffungen
 - g. Folgeabschätzung

2. Umsetzung von Technik und Infrastruktur; dies umfasst insbesondere
 - a. Unterstützung bei IT-technischen Fragestellungen
 - b. Planung und Überprüfung künftiger Infrastruktur-Maßnahmen
 - c. Evaluation der verwendeten Strukturen
 - d. Förderung und Einbindung der schülereigenen Endgeräte
 - e. Erstellen und Bereitstellen von Infrastruktur-Konzepten
 - f. Technologieberatung
 - g. Erarbeitung von Endgeräte-Konzepten

3. Förderprogramm-Management; dies umfasst insbesondere
 - a. Koordination eines einheitlichen Vorgehens bei Fördergeldanträgen
 - b. Konkrete Unterstützung bei Förderanträgen
 - c. Zielgerechte Austauschmöglichkeit der Sachaufwandsträger untereinander
 - d. Monitoring des Abrufs von Fördermitteln an den Schulen im Landkreis
 - e. Aufarbeitung zusätzlicher Fördermöglichkeiten
 - f. Rückkopplung der Förderbedingungsgestaltung an den Fördergeber

4. Unterstützung der benannten Datenschutzbeauftragten; dies umfasst insbesondere
 - a. Klärung von datenschutzrechtlichen Fragestellungen
 - b. Bereitstellung einheitlicher Datenschutzdokumente
 - c. Schulung der Lehrkräfte zu EU-DSGVO
 - d. Koordination mit den offiziell benannten Datenschutzbeauftragten der Schulen/Sachaufwandsträger

Die Verwaltung empfiehlt die vorgenannten Aufgaben zu übertragen.

Beratung:

EB stellt die Beschlussvorlage vor und beantwortet die Fragen der Gemeinderäte.

Beschluss:

Die Gemeinde Eichenau überträgt im Rahmen der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis FFB, den Gemeinden, den Städten, den großen Kreisstädten und den Schulverbänden nach §2 Abs. 1 folgende Aufgaben:

1. Ausstattung der Schulen mit den notwendigen Arbeitsmaterialien; dies umfasst insbesondere
 - a. Bestandsaufnahme an den Schulen vor Ort
 - b. Unterstützung bei Ausschreibungen
 - c. Unterstützung im Rollout-Projektmanagement
 - d. Koordination von externen Dienstleistern
 - e. Prüfung gemeinsamer/abgestimmter Beschaffungsmöglichkeiten
 - f. Unterstützung bei Ersatzbeschaffungen
 - g. Folgeabschätzung

2. Umsetzung von Technik und Infrastruktur; dies umfasst insbesondere
 - a. Unterstützung bei IT-technischen Fragestellungen
 - b. Planung und Überprüfung künftiger Infrastruktur-Maßnahmen
 - c. Evaluation der verwendeten Strukturen
 - d. Förderung und Einbindung der schülereigenen Endgeräte
 - e. Erstellen und Bereitstellen von Infrastruktur-Konzepten
 - f. Technologieberatung
 - g. Erarbeitung von Endgeräte-Konzepten

3. Förderprogramm-Management; dies umfasst insbesondere
 - a. Koordination eines einheitlichen Vorgehens bei Fördergeldanträgen
 - b. Konkrete Unterstützung bei Förderanträgen
 - c. Zielgerechte Austauschmöglichkeit der Sachaufwandsträger untereinander
 - d. Monitoring des Abrufs von Fördermitteln an den Schulen im Landkreis
 - e. Aufarbeitung zusätzlicher Fördermöglichkeiten
 - f. Rückkopplung der Förderbedingungsgestaltung an den Fördergeber

4. Unterstützung der benannten Datenschutzbeauftragten; dies umfasst insbesondere
 - a. Klärung von datenschutzrechtlichen Fragestellungen
 - b. Bereitstellung einheitlicher Datenschutzdokumente
 - c. Schulung der Lehrkräfte zu EU-DSGVO
 - d. Koordination mit den offiziell benannten Datenschutzbeauftragten der Schulen/Sachaufwandsträger

Der Erste Bürgermeister wird die erforderlichen Erklärungen gegenüber dem Zweckvereinbarungsführer abgeben.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	22
Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0

Top 15 Beschaffung eines Notstromaggregats zur Aufrechterhaltung des Gebäudebetriebs in der Starzelbachschule mit Küche bei langfristigen Stromausfällen und Versorgung der Bevölkerung**Vortrag:****I. Vorbemerkung**

Zur Vorbereitung auf mögliche mehrtägig und großflächig einwirkende Stromausfälle im Winter 2022/23 müssen Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung getroffen werden. Da die Gemeinde in diesem Fall als untere Katastrophenschutzbehörde tätig wird – Art. 2 Abs. 1 Satz 2 Bay KSchG - ist die Vorbereitung hierauf unumgänglich. Eine zeitnahe Maßnahme ist die Schaffung von Wärmestuben und Verköstigungsstellen. Die Starzelbachschule mit der neugeschaffenen Küche und Mensa bietet sich hierfür an. Zur Sicherstellung des Gebäudebetriebs mit Heizung und Küche ist die Anschaffung eines Notstromaggregats mit Dieselantrieb erforderlich. Es sind derzeit fast keine geeigneten Notstromaggregate auf dem Markt erhältlich. Ein geeignetes Aggregat mit Dieselantrieb und einer Dauerstrombelastung von 500 kVA bietet die Firma Scheibe Energietechnik an. Die Verwaltung hat das Gerät reserviert. Der Kauf muss bis zum 28.09.2022 erfolgen, da ansonsten das Gerät weiteren Interessenten zum Kauf angeboten wird. Eine Ausschreibung entsprechend den Vergabevorschriften erfolgt dadurch ausnahmsweise nicht.

II. Dringliche Anordnung

Nach Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung ordne ich hiermit zur Sicherstellung, des Gebäudebetriebs mit Küche zur Versorgung der Bevölkerung in Notzeiten im Wege der dringlichen Anordnung folgendes an:

1. Die Gemeinde Eichenau erwirbt ein Notstromaggregat mit Dieselantrieb und einer Dauerleistung von 500 kVA. Weitere zum Betrieb des Notstromaggregats erforderliche Maßnahmen und Beschaffungen wie Dieseltank mit Betriebsmitteln, Notstromeinspeisung mit Verkabelung, Fundamentierung usw. werden veranlasst.
2. Die Firma Scheibe Energietechnik erhält den Auftrag zur Lieferung des dieselbetriebenen Notstromaggregats Typ Scania GE.SC533/503.RB+011 inkl. erforderlichem Dummy Load. Die Auftragssumme beträgt 104.400,-- € netto.

Beratung:

EB stellt die Beschlussvorlage vor und beantwortet die Fragen der Gemeinderäte.

Top 16 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen
--

Vortrag:

Ferienausschusssitzung am 09.08.2022:

Kinderbetreuung; hier Schaffung einer zweigruppigen Kinderkrippe**Beschluss:****Alternative 2:**

1. Der Gemeinderat verwirft die Überlegung, das Erdgeschoss des Anwesens Hauptstraße 6 nebst Außenanlagen nach entsprechendem Umbau vom Eigentümer anzumieten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0

2. Stattdessen verfolgt der Ferienausschuss eine zweigruppige Krippenanlage in Containerform auf dem Grundstück Niblerstraße 24.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0

3. Eine entsprechende Planung wird unverzüglich begonnen. Die grob geschätzten Baukosten belaufen sich auf ca. 300.000 € zuzüglich weiterer Außenanlagen in Höhe von ca. 50.000 €. Die grob geschätzten Personalkosten belaufen sich auf bis zu ca. 160.000 €. Die entsprechenden Mittel werden aus der in der Sitzung vom 24.05.2022 unter TOP 16 beschlossenen Bereitstellungliste des Kämmerers durch den Ferienausschuss bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0

4. Um das Projekt schnellstmöglich voranzutreiben und nicht weitere Verzögerungen in Kauf nehmen zu müssen, wird der Erste Bürgermeister im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel zur Auftragsvergabe von Planungs-, Fachplanungs-, Gutachter-, Bau- und Lieferleistungen ermächtigt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0

5. Für den Kauf und die Lieferung der Container ist ein erneuter Gemeinderatsbeschluss erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0

Gemeinderatssitzung am 20.09.2022:

Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung; Vermietung der Bedienstetenwohnung in der Eichendorffstraße 17

Dringliche Anordnung:

Nach Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird hiermit zur Verhinderung der Obdachlosigkeit einer Eichenauer Familie im Wege der dringlichen Anordnung folgendes verfügt:

Die Gemeinde Eichenau vermietet die Bedienstetenwohnung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt in der Eichendorffstr. 17 befristet bis zum 31.07.2024. Die Wohnung ist zu diesem Zeitpunkt zu räumen und besenrein zu hinterlassen.

Kenntnis genommen

Top 17 Verschiedenes

Erster Bürgermeister Peter Münster berichtet über den Zustand des Starzelbachs, insbesondere, dass dieser am Wochenende von 01.-03. Oktober mehrfach fast komplett trockengefallen sei. Darüber hinaus berichtet er, dass an der Tuffbildung sich kleine Anstauungen sammelten, in denen noch Fische vorhanden seien. Insgesamt seien aber ca. 400 Fische verendet. Das Wasserwirtschaftsamt und die untere Wasserbehörde im Landratsamt arbeiten derzeit an einer Aufklärung des Sachverhalts. Darüber hinaus habe es eine nicht geneh-

migte Einleitung im Unterlauf des Starzelbachs gegeben, die milchig/trüb gewesen sei, leider aber für Proben nicht mehr auffindbar gewesen sei. Es gebe aber Fotos.

GR Angela Heilmeier erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bei der Anwerbung von Fachkräften für die Kinderbetreuung. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass es derzeit keine weiteren Bewerbungen gebe, deren Eingang festzustellen sei, die Zahl aber unverändert sei. GR Gertrud Merkert erkundigt sich, ob es eine Gruppe bei der Nachbarschaftshilfe gebe. Erster Bürgermeister Peter Münster verneint dies. GR Angela Heilmeier schlägt vor, mit den umliegenden Städten und Gemeinden Kontakt aufzunehmen oder ggf. beim Landratsamt Unterstützung anzufordern, da dies ein generelles Problem sei. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass die Unterstützung des Landratsamts angefordert, deren Kapazitäten aber ebenso begrenzt seien und ebenso wenig ein geeignetes Grundstück für die Pflegeschule gefunden sei.

GR Josef Spiess verweist auf den Zeitungsartikel zur Tuffsteinbildung im Starzelbach. Erster Bürgermeister Peter Münster bestätigt, dass unterhalb der Sedimente noch Wasser fließe, der Bach trotzdem trocken gelaufen sei und weißmilchige Einleitungen gefunden wurden. Des Weiteren führt er aus, dass ein Drittel des Baches jährlich beräumt werden kann und dies auch geplant sei.

GR Josef Spiess führt weiter aus, dass die Hilfsgüter, die derzeit noch im Bauhof gelagert werden zeitnah verteilt werden sollen, damit die Autos wieder im Gebäude geparkt werden können. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass die Herrenartikel der Kleiderkammer des BRK überstellt werden, im Übrigen die Abgabe für Flüchtlingsinstitutionen durch den Asylhelferkreis erfolgen könne.

Des Weiteren bittet er darum, das Gutachten und das weitere Vorgehen zum Gewerbegebiet Nord für die nächste Gemeinderatssitzung als TOP einzustellen. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass das weitere Vorgehen als Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen behandelt werde.

GR Josef Spiess erkundigt sich weiter nach dem Grund, weshalb der Adventsmarkt auf die Rathauswiese verlegt wurde. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass dies im Zuge der Horterweiterung und der gestiegenen Nachfrage von Interessenten und Fieranten in Betracht gezogen werde, die Entscheidung aber erst nach der Besprechung mit den Marktteilnehmern in der kommenden Woche getroffen werden könne.

GR Gertrud Merkert führt aus, dass sie einige Erfahrungsberichte zum Ablauf bei der Glasfaserverlegung erreicht hätten, beispielsweise werden Termine nicht eingehalten. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass die Verwaltung in Kontakt zu den Betreibern stehe und bereits ähnliche Hinweise erhalten habe. Zu diesem Thema werde es einen Beitrag im Mitteilungsblatt geben.

GR Gertrud Merkert erkundigt sich weiter nach dem Antrag der SPD-Fraktion für die Schulwegsicherheit. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass dieser bereits beschlossen und die Mittel 2023 eingestellt würden, jedoch die Veränderungen zur der Fahrradstraße zweckmäßigerweise einzubeziehen seien.

GR Rike Schiele erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Besetzung des Vorzimmers der Starzelbachschule. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass vom zuständigen Schulamt eine Stelle befristet bis Ende des Jahres ausgeschrieben sei und nun abzuwarten bleibe, wie der Einstellungsprozess verlaufe oder ob ggf. eine Springerstelle geschaffen werden könne.

GR Rike Schiele macht darauf aufmerksam, dass durch die veränderte Verkehrsführung in der Bahnhofstraße, die Fahrradfahrer nun nicht mehr auf dem Gehweg fahren können und es durch die geparkten Autos zu gefährlichen Situationen kommen kann. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass einige Fahrradfahrer auf den Gehwegen zu wenig Rücksicht auf die Fußgänger genommen hätten und es dadurch ebenfalls zu massiven Beschwerden gekommen sei. Dies werde Gegenstand der Verkehrsschau am 12.10.2022.

GR Elmar Ströhmer verweist auf die Unregelmäßigkeiten bzw. Ausfälle bei der Straßenbeleuchtung und nennt einige Beispiele. Erster Bürgermeister Peter Münster sichert zu, die Hinweise an die Bauverwaltung weiterzugeben.

GR Claus Guttenthaler gibt zu bedenken, dass die ausgestellten Büchereigutscheine für die Erstklässler nur eingeschränkt nutzbar seien, da in der Bücherei eine Altersbeschränkung ab sieben Jahren gelte. Erster Bürgermeister Peter Münster sichert zu, das Problem mit der Büchereileitung zu besprechen.

GR Gertrud Merkert verweist auf den niedrigen Wasserstand des Kiesweiher. Erster Bürgermeister Peter Münster antwortet, dass es eine signifikante Absenkung um ca. 60 cm unterhalb des derzeitigen allgemeinen Niveaus gegeben habe und die Verwaltung diesbezüglich mit dem Landratsamt und dem Wasserwirtschaftsamt in Kontakt stehe. GR Josef Spiess ergänzt, dass dies eine Gelegenheit sei, Herrn Rank aufzufordern, den früher entsorgten Müll zu beseitigen.

Top	Aktuelle 10 Minuten
------------	----------------------------

Keine Wortmeldungen.

Eichenau, 14.10.2022

Peter Münster
Erster Bürgermeister

Larissa Mühlberger
Schriftführer/in